



# Auswertungsbericht Onlinekonsultation Bern

## **Projektteam**

**Urs Bieri:** Co-Leiter

**Edward Weber:** Projektleiter

**Alexander Frind:** Projektleiter

**Marco Bürgi:** Praktikant Projektleitung

**Bern, 27. Juli 2020**

# 1 Mandat und Fragestellung

Im Rahmen der Strategie Kommunikation, Information und Partizipation (KIP) des Projekts Kooperation Bern wird die im vorliegenden Bericht diskutierte Onlinekonsultation durchgeführt. Die Onlinekonsultation für die Gemeinden Bern, Ostermundigen, Bremgarten b. Bern, Bolligen, Frauenkappelen und Kehrsatz, die an der Machbarkeitsstudie beteiligt sind, ist als niederschwelliges Gefäss zum Sammeln von Meinungen aus der Bevölkerung und von interessierten organisierten Akteuren konzipiert. Die Bewerbung der Online-Mitmachumfrage geschah in erster Linie durch die beteiligten Gemeinden und innerhalb der zweckdienlichen KIP-Gefässen.

Der Fragebogen der Konsultation richtet sich sowohl an Privatpersonen wie auch an Organisationen. Inhaltlich werden beiden Gruppen die gleichen Fragen gestellt, zur Auswertung sind sie jedoch im Fragebogen als jeweils einzelne Frageblöcke strukturiert. Thematisch ist der Fragebogen in 4 Teile gegliedert. Im ersten Teil wird die Beurteilung der zur Verfügung stehenden Informationen abgefragt. Anschliessend sollen die Befragten angeben, ob und welche Vor- beziehungsweise Nachteile im Falle einer Fusion erwartet werden. Die Abfrage erfolgt allgemein und in 15 ausgewählten Bereichen. Zusätzlich werden die Teilnehmenden aufgefordert, die Wichtigkeit der Selbstständigkeit der Stadtteile in der fusionierten Stadt Bern zu beurteilen. Dies erfolgt wiederum allgemein und für ausgewählte Aspekte. Zum Schluss werden die Teilnehmer\*innen angehalten anzugeben, ob und mit welchen Gemeinden die Fusionsverhandlungen weitergeführt werden sollen.

Die Corona-Pandemie hat auch das Projekt «Kooperation Bern» getroffen. Verschiedene Veranstaltungen mussten abgesagt oder verschoben werden. Bern und Ostermundigen haben daher die Konsultation bis zum 10. Juli 2020 verlängert, die anderen Projektgemeinden Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen und Kehrsatz benötigen noch mehr Zeit und werden die Konsultation individuell abschliessen. So werden im vorliegenden Bericht die Resultate der Konsultation der Gemeinden Bern und Ostermundigen zusammengefasst, die Berichte der anderen Gemeinden folgen.

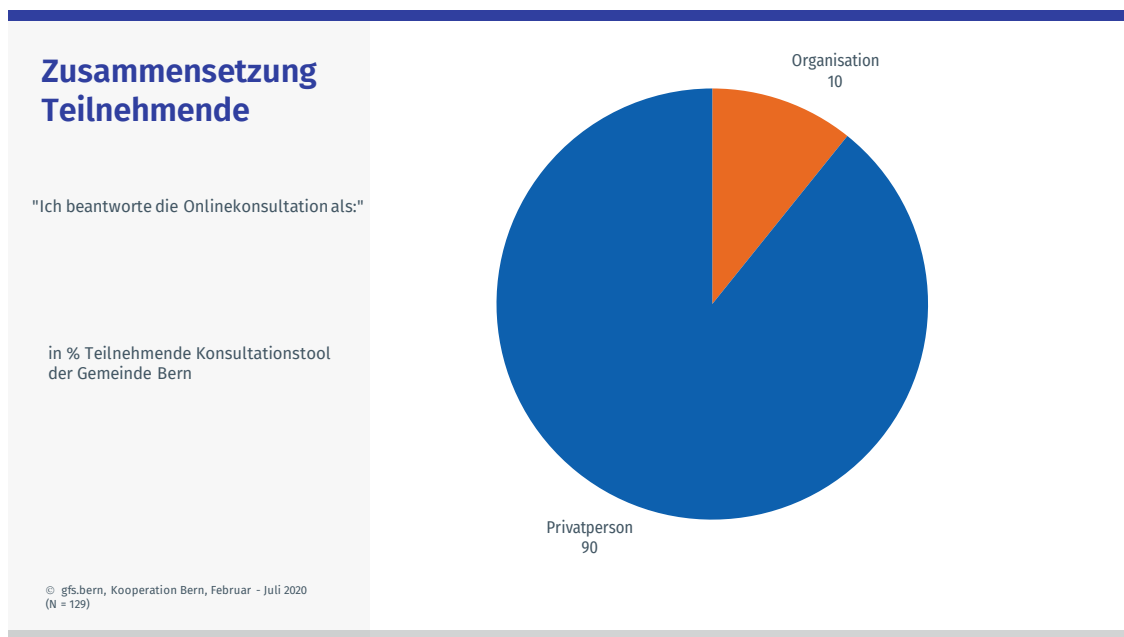
**DIESE ONLINEKONSULTATION UND DIE DARAUF BASIERENDEN AUSWERTUNGEN SIND AUFGRUND DER SELBSTSELEKTION BEI DER TEILNAHME NICHT REPRÄSENTATIV UND KÖNNEN DARUM NICHT AUF DIE GESAMTE BEVÖLKERUNG DER TEILNEHMENDEN GEMEINDEN EXTRAPOLIERT WERDEN.**

## 2 Befunde

### 2.1 Zusammensetzung der Stichprobe

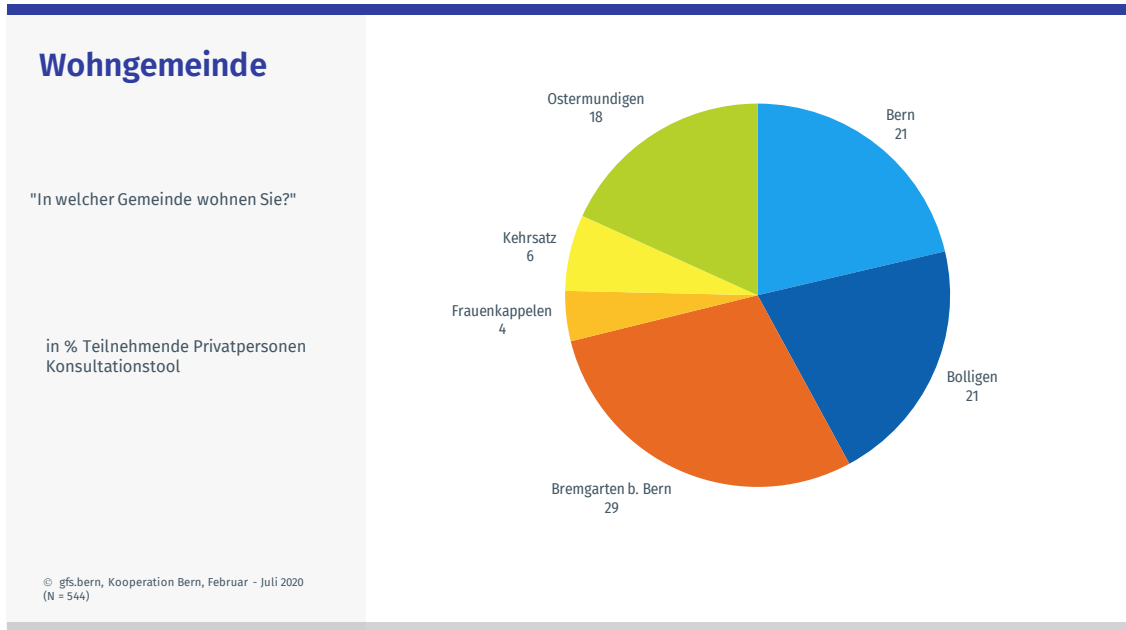
Im Onlinekonsultationstool zum Projekt Fusion Bern haben insgesamt 129 Teilnehmer\*innen aus der Gemeinde Bern partizipiert. Davon waren 116 Privatpersonen (90%) und 13 Organisationen (10%):

Grafik 1



Von den total 544 Privatpersonen, die an der Onlinekonsultation teilgenommen haben, wohnen 21 Prozent in der Stadt Bern. Damit machen sie nach den Einwohner\*innen von Bremgarten b. Bern, die mit 29 Prozent die meisten Befragungen beantwortet haben, die zweitgrösste Gruppe aus. Danach folgen mit 20 Prozent Bolligen, mit 18 Prozent die Einwohner\*innen von Ostermundigen und schliesslich mit deutlich weniger Teilnehmer\*innen die beiden Gemeinden Kehrsatz und Frauenkappelen mit rund sechs und vier Prozent Teilnehmer\*innen:

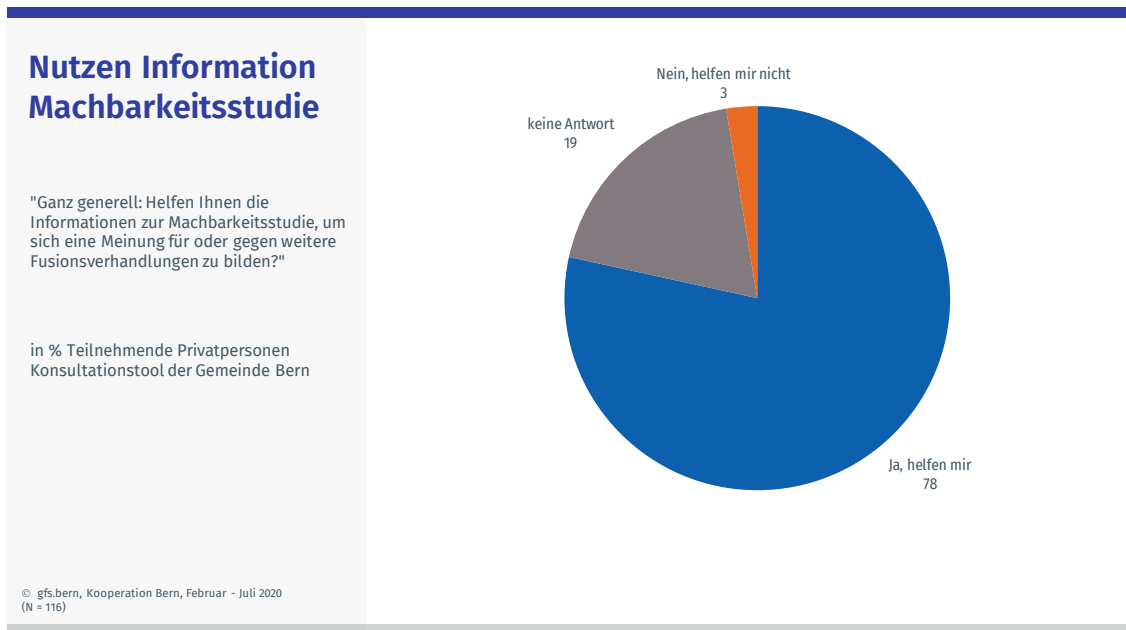
Grafik 2



## 2.2 Beurteilung verfügbarer Informationen zur Meinungsbildung

Die grosse Mehrheit der Berner\*innen, die an der Onlinekonsultation teilgenommen haben, empfinden die zur Verfügung gestellten Informationen zur Machbarkeitsstudie als hilfreich. 78 Prozent gaben an, dass ihnen die Informationen helfen, um sich eine Meinung für oder gegen weitere Fusionsverhandlungen zu bilden:

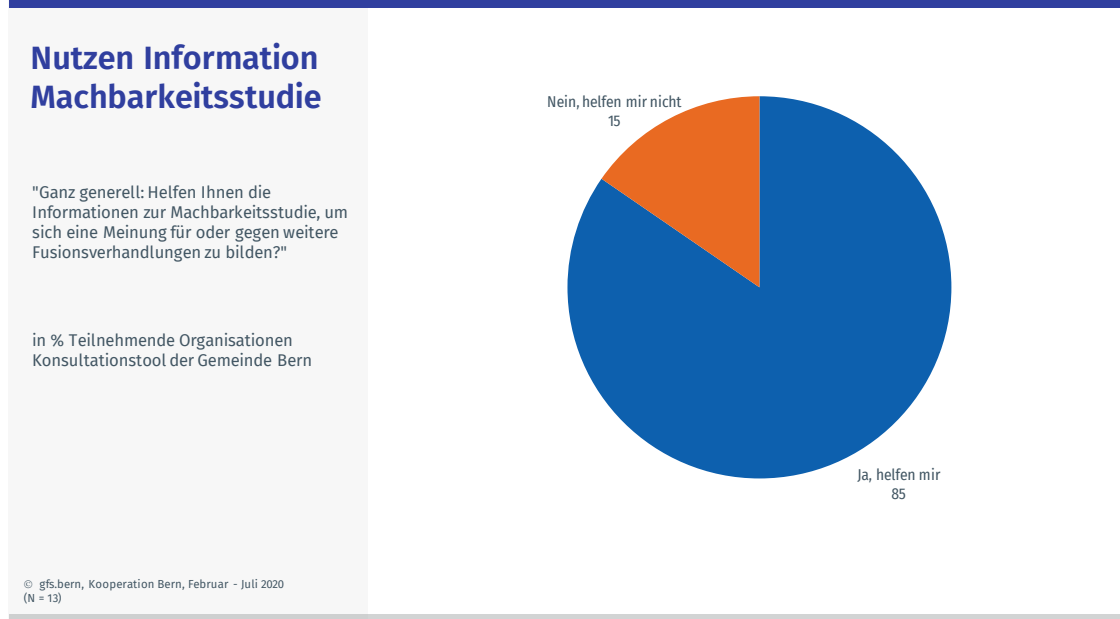
Grafik 3



Hingegen nur knapp drei Prozent geben an, dass die Informationen ihnen nicht helfen. Jedoch ist die Gruppe der Personen, die diese Frage nicht beantwortet haben, mit 19 Prozent verhältnismässig gross.

Die Informationen werden auch von den teilnehmenden Organisationen als hilfreich eingeschätzt:

Grafik 4



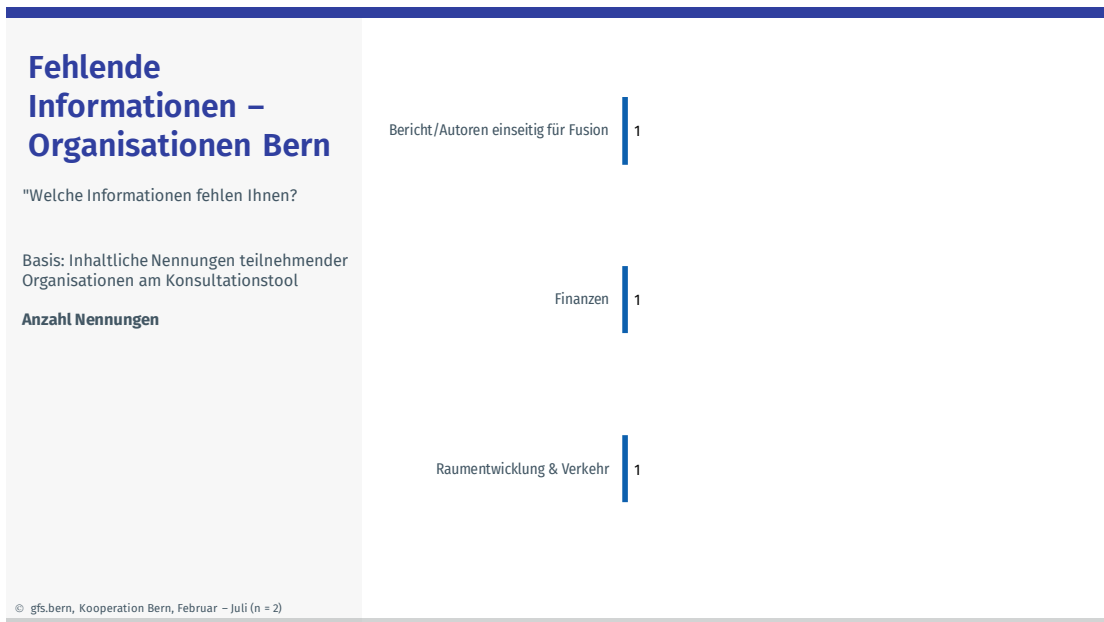
Insgesamt empfinden 85 Prozent der teilnehmenden Organisationen aus Bern die Informationen als hilfreich, um sich eine Meinung für oder gegen weitere Fusionsverhandlungen zu bilden.

Die Frage, welche Informationen den Teilnehmer\*innen konkret fehlen, kann aufgrund der sehr tiefen Fallzahl sowohl für Privatpersonen wie für Organisationen statistisch nicht bewertet werden und wird im Folgenden nur grafisch aufbereitet:

Grafik 5



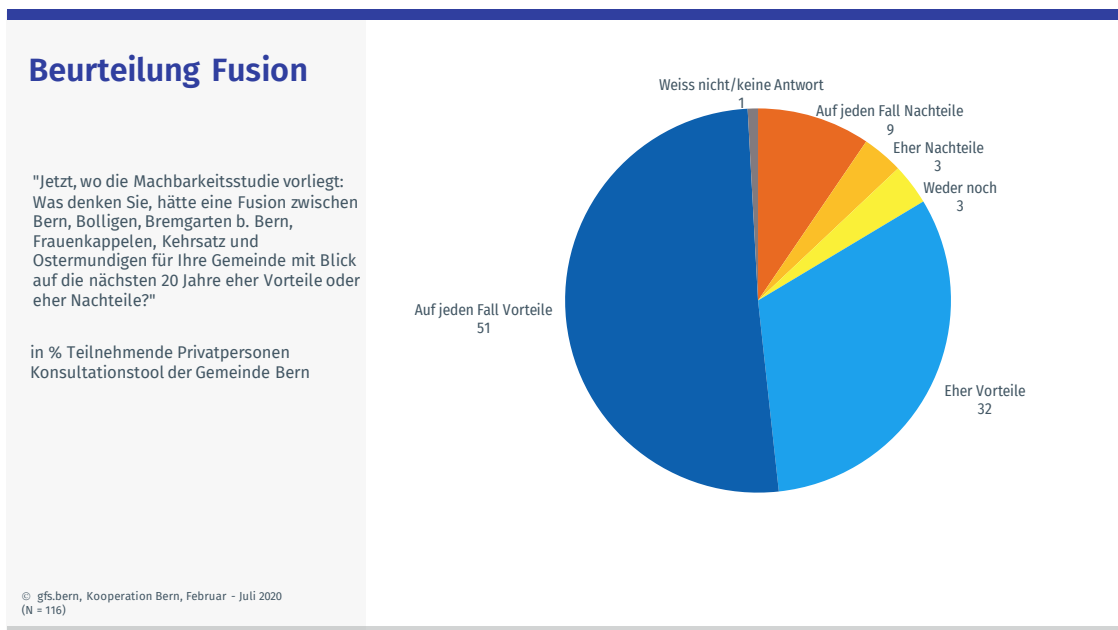
Grafik 6



## 2.3 Beurteilung Fusionsverhandlungen

Die grosse Mehrheit der teilnehmenden Bewohner\*innen der Stadt Bern sieht Vorteile in einer möglichen Fusion der sechs Gemeinden:

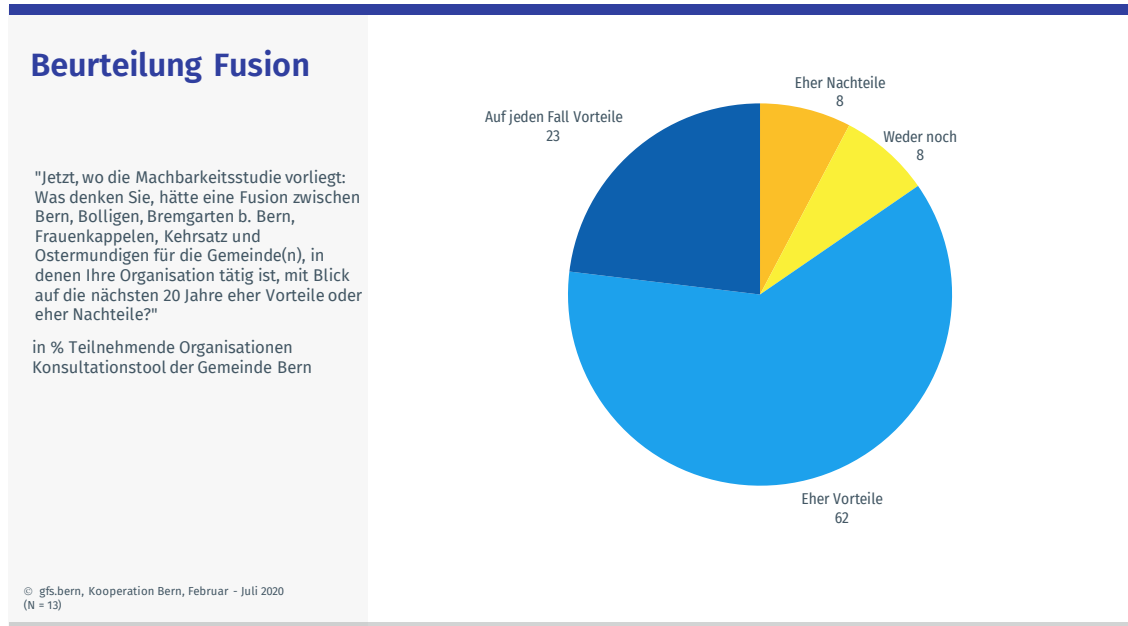
Grafik 7



Die Hälfte sieht auf jeden Fall Vorteile. Werden noch diejenigen Bewohner\*innen, die eher Vorteile sehen, dazugezählt, beträgt der Anteil, die eine positive Sicht auf eine mögliche Fusion haben, über 80 Prozent. Knapp zehn Prozent sehen hingegen auf jeden Fall Nachteile und weitere drei Prozent sehen eher Nachteile. Ebenfalls drei Prozent sehen weder Vorteile noch Nachteile in einer Fusion.

Unter den Organisationen, die an der Befragung teilgenommen haben, überwiegt ebenfalls die Vorteilssicht sehr deutlich:

Grafik 8

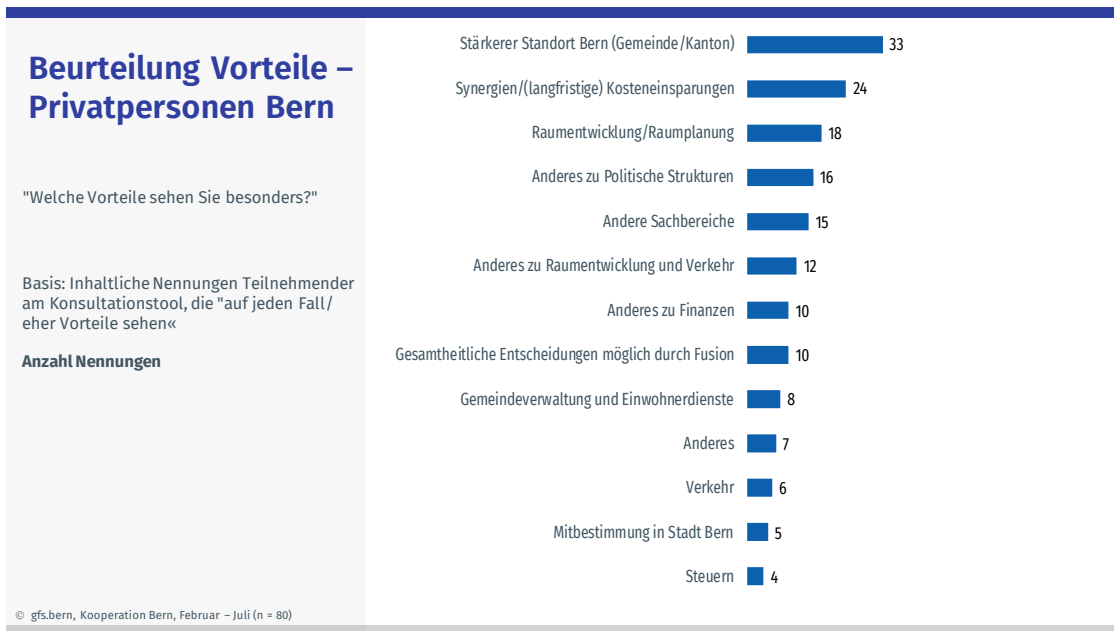


Der Anteil derjenigen, die auf jeden Fall Vorteile sehen, ist allerdings mit 23 Prozent kleiner als unter den Privatpersonen. Insgesamt rechnen jedoch 85 Prozent der teilnehmenden Organisationen eher oder auf jeden Fall mit Vorteilen im Falle einer Fusion. Acht Prozent sehen jeweils weder Vor- noch Nachteile sowie eher Nachteile. Unter den Organisationen, die an der Onlinekonsultation teilgenommen haben, sieht keine auf jeden Fall Nachteile.

Die Stadtberner Teilnehmer\*innen sehen bei einer möglichen Fusion am häufigsten Vorteile für den Standort Bern. Dies insbesondere bei Synergien, Kosteneinsparungen und Raumplanung:



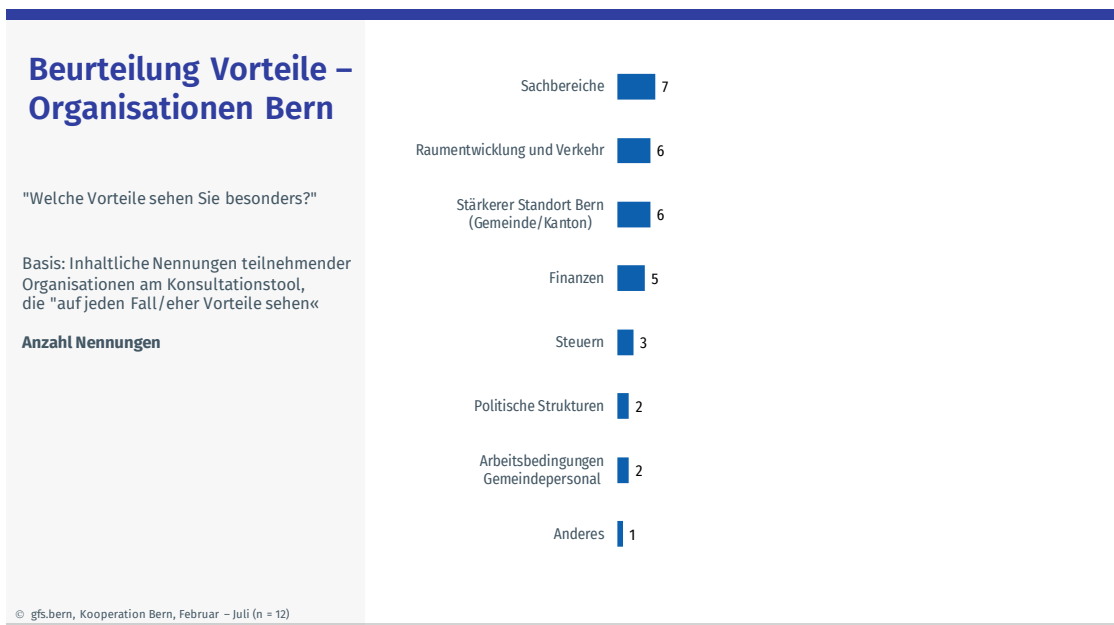
Grafik 9



Weitere oft genannte Bereiche sind Politische Strukturen, andere Sachbereiche und Verkehr. Eher selten genannt wurden finanzielle Aspekte wie beispielsweise Steuern.

Für die teilnehmenden Organisationen stehen ebenfalls Vorteile im Bereich Raumentwicklung und Verkehr sowie der Stärkung des Standorts Berns im Vordergrund. Im Gegensatz zu den Privatpersonen nannten die Organisationen finanzielle Aspekte und Steuern ebenfalls häufig:

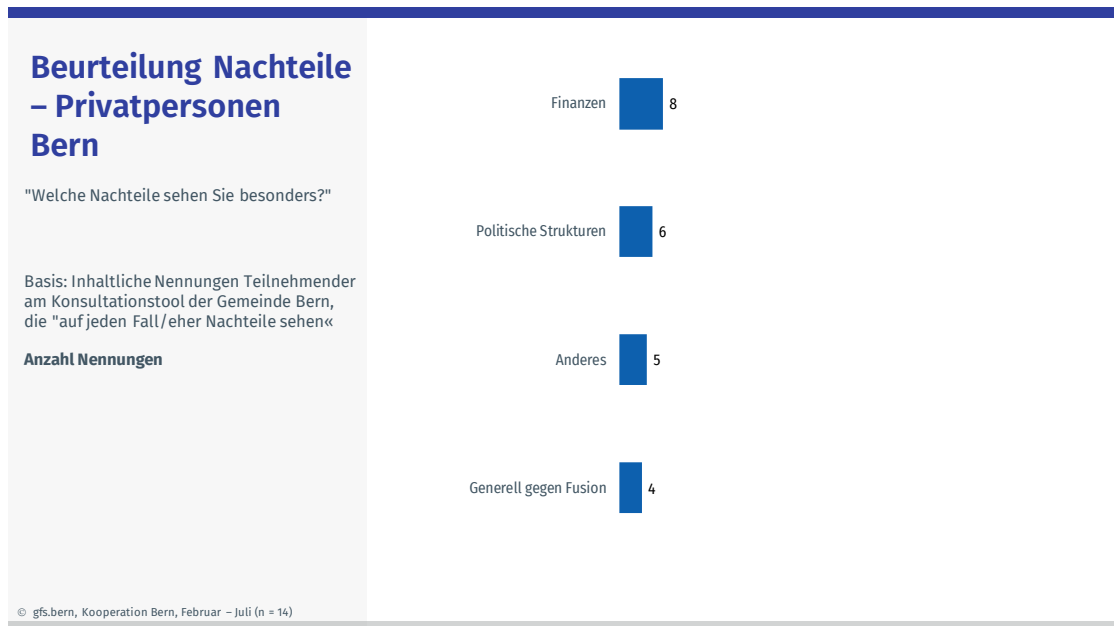
Grafik 10



Es ist festzuhalten, dass die Aussagen der Organisationen zu diesen Vorteilen aufgrund der niedrigen Fallzahl statistisch nicht robust sind.

Gefragt nach den Nachteilen einer Fusion wurden hingegen von Privatpersonen am häufigsten finanzielle Aspekte sowie Elemente der politischen Strukturen genannt. Zudem haben sich gewisse Teilnehmer\*innen generell gegen eine mögliche Fusion geäußert:

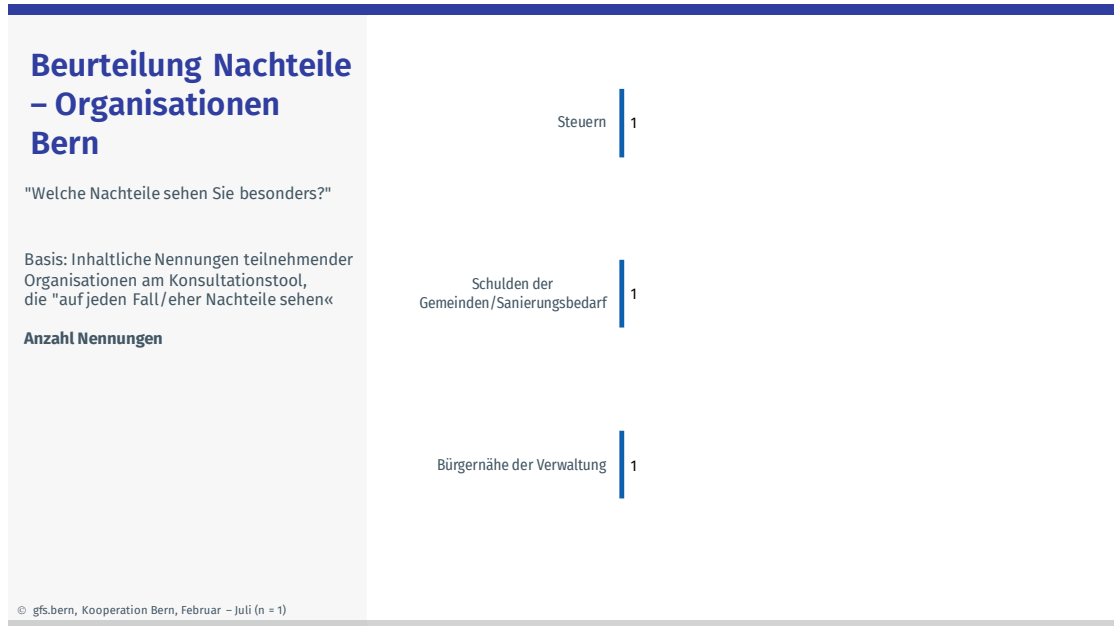
Grafik 11



Es ist festzuhalten, dass die Aussagen der Privatpersonen zu diesen Nachteilen aufgrund der niedrigen Fallzahl statistisch nicht robust sind.

Die Frage nach den konkreten Nachteilen einer Fusion für Organisationen kann aufgrund der sehr tiefen Fallzahl statistisch nicht bewertet werden, wird aber grafisch aufbereitet:

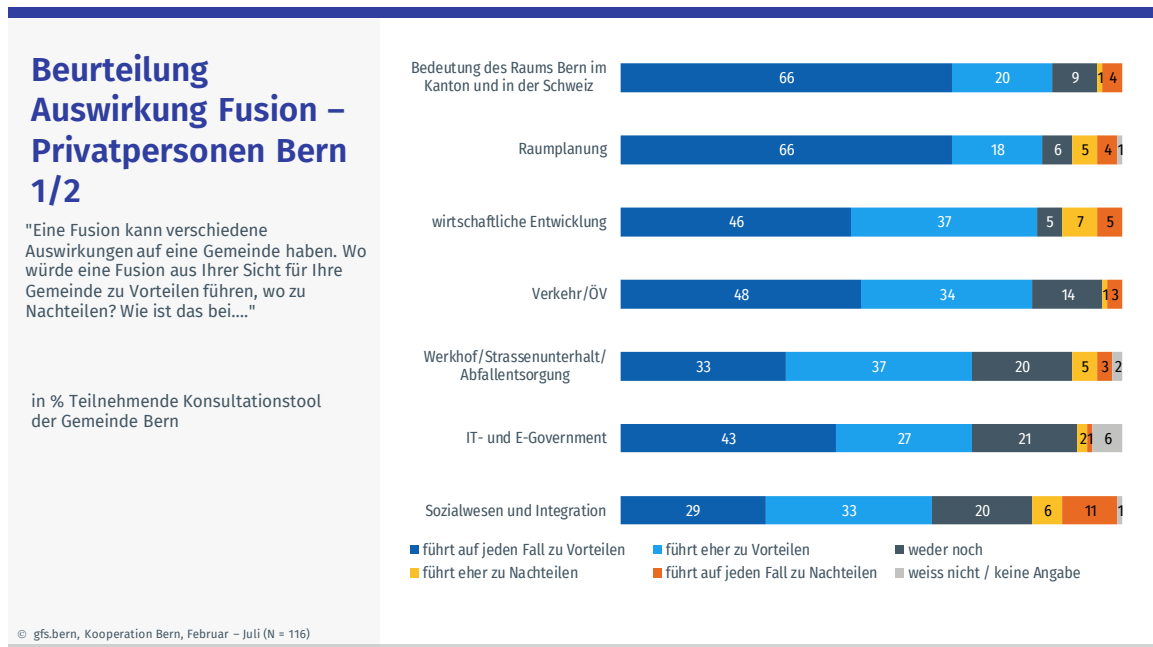
Grafik 12



## 2.4 Wahrnehmung Vor- und Nachteilen

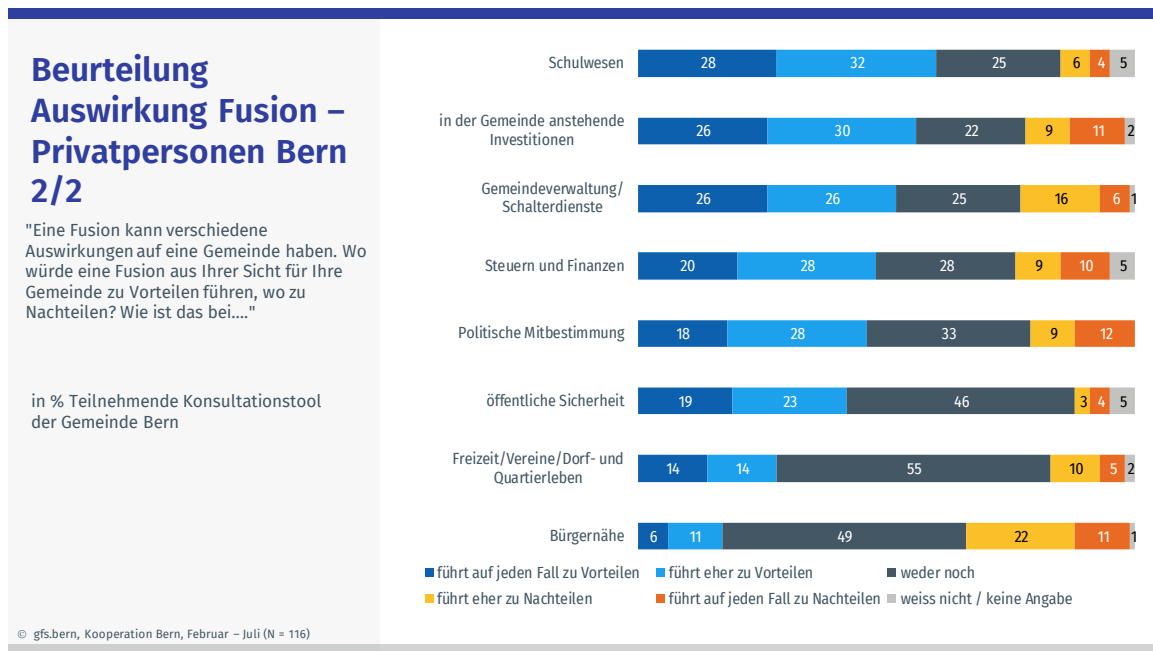
Ob eine Fusion zu Vor- oder Nachteilen führt, wird durch die Stadtberner Teilnehmer\*innen in der Onlinekonsultation für die verschiedenen abgefragten Bereiche sehr unterschiedlich beurteilt:

Grafik 13



Am häufigsten werden Vorteile für die Bedeutung des Raums Bern im Kanton und in der Schweiz gesehen. Zwei Drittel erwarten auf jeden Fall Vorteile und weitere 20 Prozent glauben, dass eine Fusion in diesem Bereich eher zu Vorteilen führt. Nur fünf Prozent der Teilnehmer\*innen erwarten Nachteile für die Bedeutung des Raums Bern. In der Raumplanung überwiegt die Vorteilssicht ebenfalls sehr deutlich. Auch hier erwarten zwei Drittel auf jeden Fall Vorteile durch die Fusion. Weitere 18 Prozent erwarten eher Vorteile. Neun Prozent denken hingegen, dass eine Fusion eher oder auf jeden Fall zu Nachteilen in der Raumplanung führt. Auch für die wirtschaftliche Entwicklung und den Verkehr/ÖV werden mit über 80 Prozent auf jeden Fall oder eher Vorteile erwartet. Ebenfalls für den Bereich Werkhof/Strassenerhalt/Abfallentsorgung und IT- und E-Government überwiegt mit 70% die Vorteilssicht sehr deutlich. 20% erwarten in diesen beiden Bereichen weder Vor- noch Nachteile. Ein wenig tiefer sind die Erwartungen für das Sozialwesen und Integration. Aber auch hier denken über 60%, dass eine Fusion eher oder auf jeden Fall zu Vorteilen führen würde.

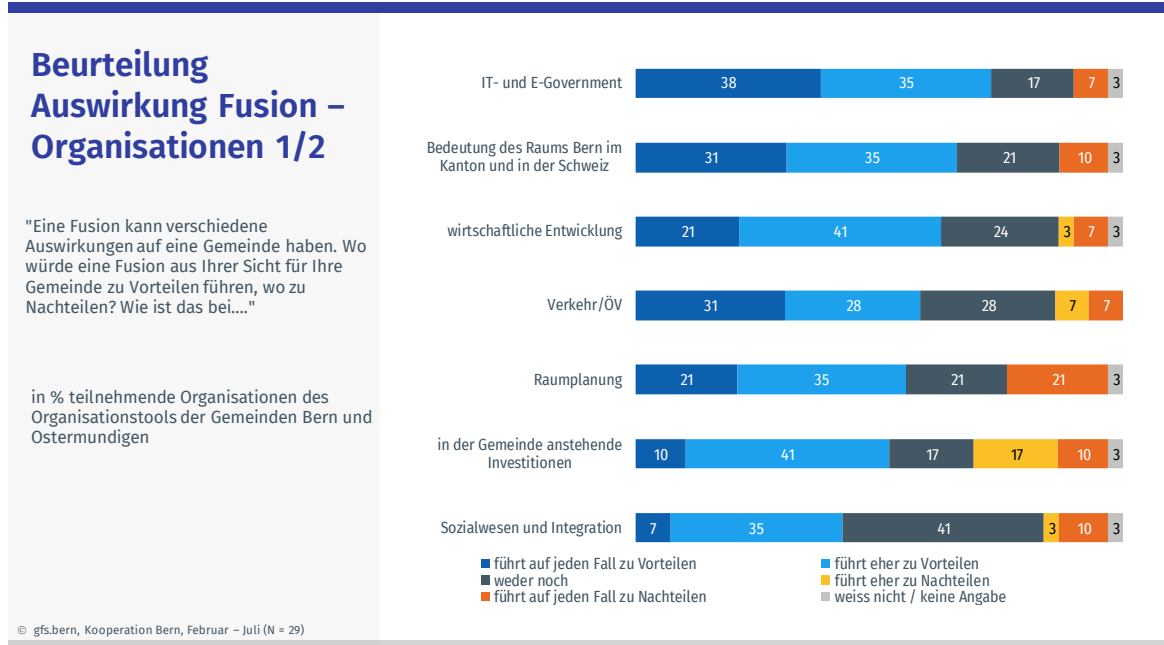
Grafik 14



Eine Fusion würde im Schulwesen für 28% der Teilnehmer\*innen auf jeden Fall und für 32% eher zu Vorteilen führen. Ein Viertel sieht weder Vor- noch Nachteile in einer Fusion für das Schulwesen und zehn Prozent erwarten eher oder auf jeden Fall Nachteile. Die Vorteilssicht überwiegt auch für in der Gemeinde anstehende Investitionen und für die Gemeindeverwaltung/Schaltdienste. Knapp unter 50% sehen Vorteile einer Fusion bezüglich Steuern und Finanzen, wobei unter 20% eher oder auf jeden Fall Nachteile erwarten. Im Bereich Politische Mitbestimmung erwarten ein Drittel der Teilnehmer\*innen weder Vor- noch Nachteile und etwas weniger als die Hälfte rechnen mit Vorteilen. Knapp über 20 Prozent erwarten, dass eine Fusion eher oder auf jeden Fall zu Nachteilen in der politischen Mitbestimmung führt. Sieben Prozent der Stadtberner Teilnehmer\*innen erwarten Nachteile für die öffentliche Sicherheit. Fast die Hälfte denkt, dass eine Fusion in diesem Bereich keine Vor- oder Nachteile zur Folge haben wird und 4,2% rechnen eher oder auf jeden Fall mit Vorteilen. Des Weiteren erwartet über die Hälfte keine Vor- oder Nachteile einer Fusion für Freizeit/Vereine/Dorf- und Quartierleben. 28 Prozent sehen auf jeden Fall oder eher Vorteile einer Fusion in diesem Bereich und weitere 15 Prozent sehen hingegen eher oder auf jeden Fall Nachteile. Am kritischsten sind die Teilnehmer\*innen der Onlinekonsultation aus der Stadt Bern bezüglich Bürgernähe. Hier erwarten nur sechs bzw. elf Prozent auf jeden Fall bzw. eher Vorteile im Falle einer Fusion. Mit 49 Prozent klar der grösste Teil erwartet weder Vor- noch Nachteile und ein Drittel rechnet auf jeden Fall oder eher mit Nachteilen bei der Bürgernähe.

Die Beurteilung der Auswirkungen einer möglichen Fusion auf verschiedenen Aspekte durch teilnehmende Organisationen (um eine statistisch robuste Aussage zu machen, wurden alle Organisationen aus allen betroffenen Gemeinden zusammen ausgewertet) zeigt ebenfalls eine differenzierte Einschätzung für die ausgewählten Bereiche:

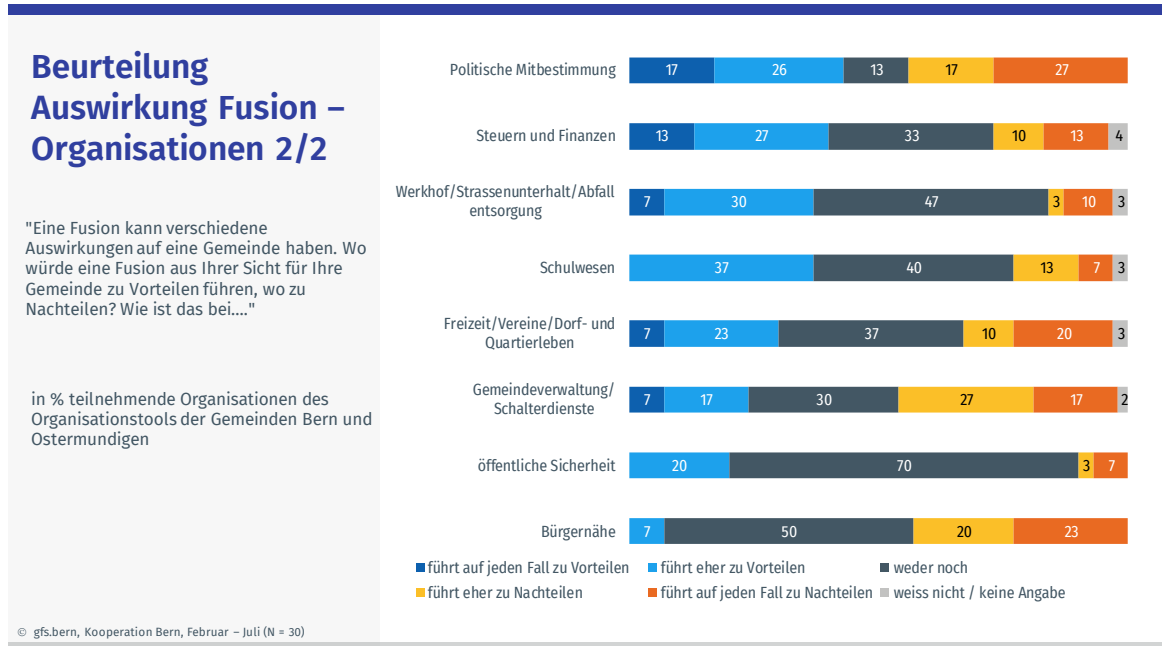
Grafik 15



Am häufigsten sehen die teilnehmenden Organisationen Vorteile einer Fusion im Bereich IT- und E-Government. Insgesamt erwarten 73 Prozent eher oder auf jeden Fall Vorteile und nur sieben Prozent rechnen auf jeden Fall mit Nachteilen. Ebenfalls eine deutliche Vorteilssicht haben die Organisationen für die Bereiche Bedeutung des Raums Bern und wirtschaftliche Entwicklung. Je knapp zwei Dritteln der Organisationen rechnen eher oder auf jeden Fall mit Vorteilen. Ebenfalls eine Mehrheit, noch knapp über die Hälfte, erwartet, dass eine Fusion auch in der Raumplanung eher oder auf jeden Fall zu Vorteilen führen würde. Jedoch ist der Anteil derjenigen, die auf jeden Fall mit Nachteilen rechnen, mit 21 Prozent grösser als in den anderen diskutierten Bereichen. Das gleiche gilt auch für die Einschätzung der Organisationen auf in der Gemeinde anstehende Investitionen. 42 Prozent der teilnehmenden Organisationen rechnen mit Vorteilen im Bereich Sozialwesen und Integration durch eine Fusion, wobei hier der Anteil derer, die weder Vor- noch Nachteile erwarten, mit 41 Prozent ähnlich gross ist.

Für die restlichen Bereiche macht die Vorteilssicht nicht mehr eine absolute Mehrheit aus und in einigen Bereichen besteht teilweise eine klare Nachteilssicht:

Grafik 16



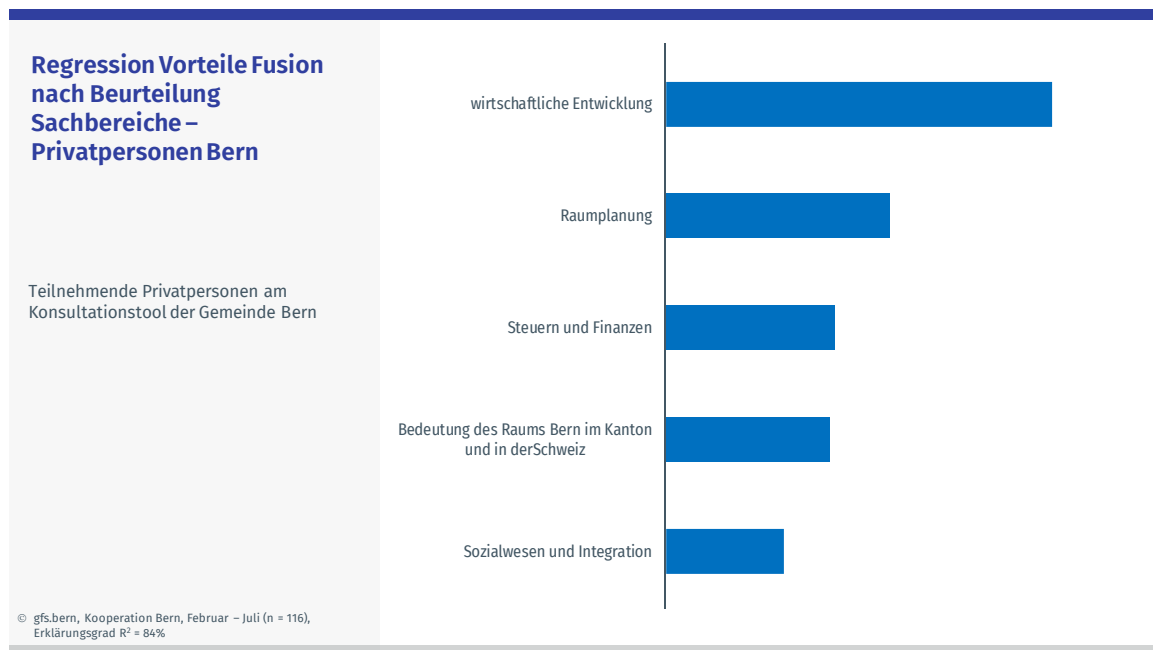
So überwiegt bezüglich politischer Mitbestimmung die Nachteilssicht mit 44 Prozent hauchdünn gegenüber der Vorteilssicht mit 43 Prozent. Im Bereich Steuern und Finanzen sehen die Organisationen, die an der Onlinekonsultation teilgenommen haben, leicht weniger häufig Vorteile. Hier macht jedoch der Anteil derjenigen, die weder Vor- noch Nachteile erwarten, mit einem Drittel einen gewichtigen Teil aus. Ähnliches gilt für die Bereiche Werkhof/Strassenunterhalt/Abfallentsorgung und das Schulwesen. Die Vorteilssicht ist zwar verbreiteter als die Nachteilssicht, jedoch macht die Gruppe, die weder mit Vor- noch mit Nachteilen rechnet, den grössten Anteil aus. Bezüglich Freizeit/Verein/Dorf- und Quartierleben sehen mit 30% genau gleich viele der Organisationen eher oder auf jeden Fall Nachteile wie eher oder auf jeden Fall Vorteile. Für die Gemeindeverwaltung/Schalterdienste rechnen mit 44 Prozent der teilnehmenden Organisationen fast die Hälfte eher oder auf jeden Fall mit Nachteilen und nur knapp ein Viertel eher oder auf jeden Fall mit Vorteilen. Im Bereich öffentliche Sicherheit überwiegt mit 70% sehr deutlich die Erwartung, dass eine Fusion weder zu Vor- noch zu Nachteilen führen würde. Die Bürgernähe wird von den Organisationen, die bei der Befragung mitgemacht haben, am kritischsten beurteilt. Hier rechnen sieben Prozent eher mit Vorteilen, die Hälfte weder mit Vor- noch mit Nachteilen und 43 Prozent eher oder auf jeden Fall mit Nachteilen.

Um ein tieferes Verständnis der Wirkung der Vor- oder Nachteilssicht auf die Meinung zur Fusion zu erhalten, kommt die **REGRESSIONSANALYSE** zum Einsatz. Dieses Verfahren erklärt, welche wahrgenommene Auswirkung auf einen bestimmten Bereich (z.B. Steuern und Finanzen) die Befürwortung oder Ablehnung einer Fusion fördert.

Die Methode der **LINEAREN REGRESSION** beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier die wahrgenommene Auswirkung auf einen bestimmten Bereich) auf eine abhängige Variable (hier die Befürwortung oder Ablehnung einer Fusion).

Die folgende Regressionsanalyse für die teilnehmenden Bewohner\*innen der Stadt Bern listet alle Bereiche auf, in denen eine positive wahrgenommene Auswirkung der Fusion zu einer Befürwortung einer Fusion führt:

Grafik 17



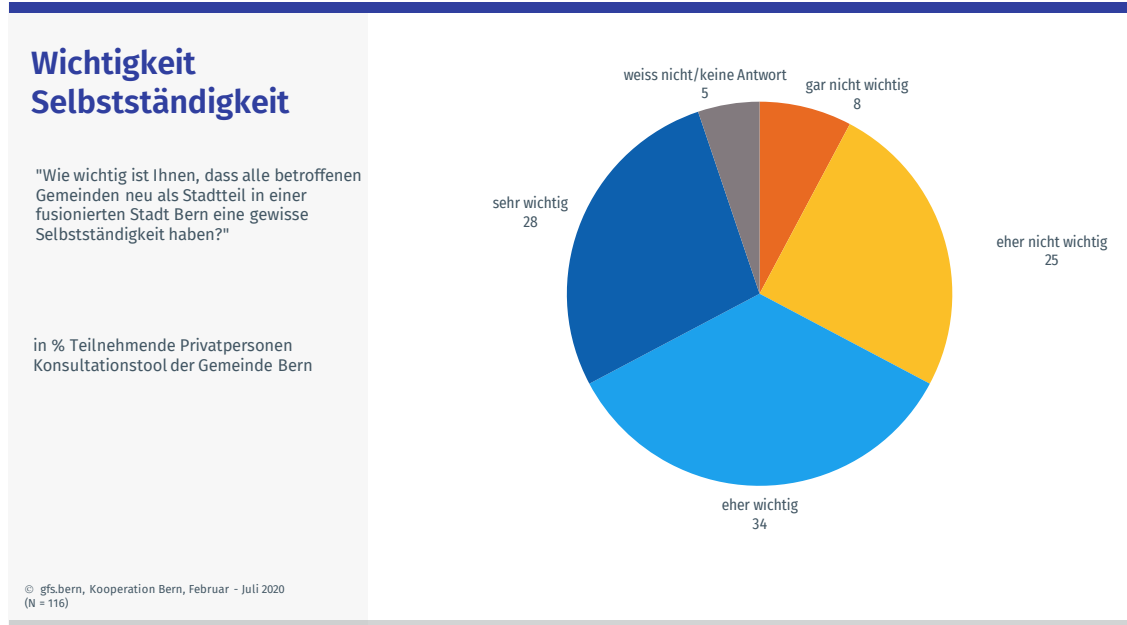
Den stärksten positiven Einfluss auf die Einstellung zu einer möglichen Fusion hat die wahrgenommene Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Das heisst: Die Erwartung eines positiven Einflusses der Fusion auf die wirtschaftliche Entwicklung führt eher dazu, dass eine Fusion befürwortet wird. Das gleiche gilt, wenn auch in etwas schwächerer Ausprägung, für die Bereiche Raumplanung, Steuern und Finanzen, Bedeutung des Raums Bern sowie Sozialwesen und Integration.

Eine analoge Regressionsanalyse für die teilnehmenden Organisationen ist aufgrund der tiefen Fallzahl statistisch nicht aussagekräftig und wird deshalb nicht vorgenommen.

## 2.5 Beurteilung Selbstständigkeit und Mitsprache

Gefragt danach, ob die betroffenen Gemeinden als neue Stadtteile eine gewisse Selbstständigkeit haben sollen, gaben die Berner\*innen, welche an der Onlinekonsultation teilgenommen haben, mit über 60 Prozent grossmehrheitlich an, dass ihnen dies wichtig sei:

Grafik 18

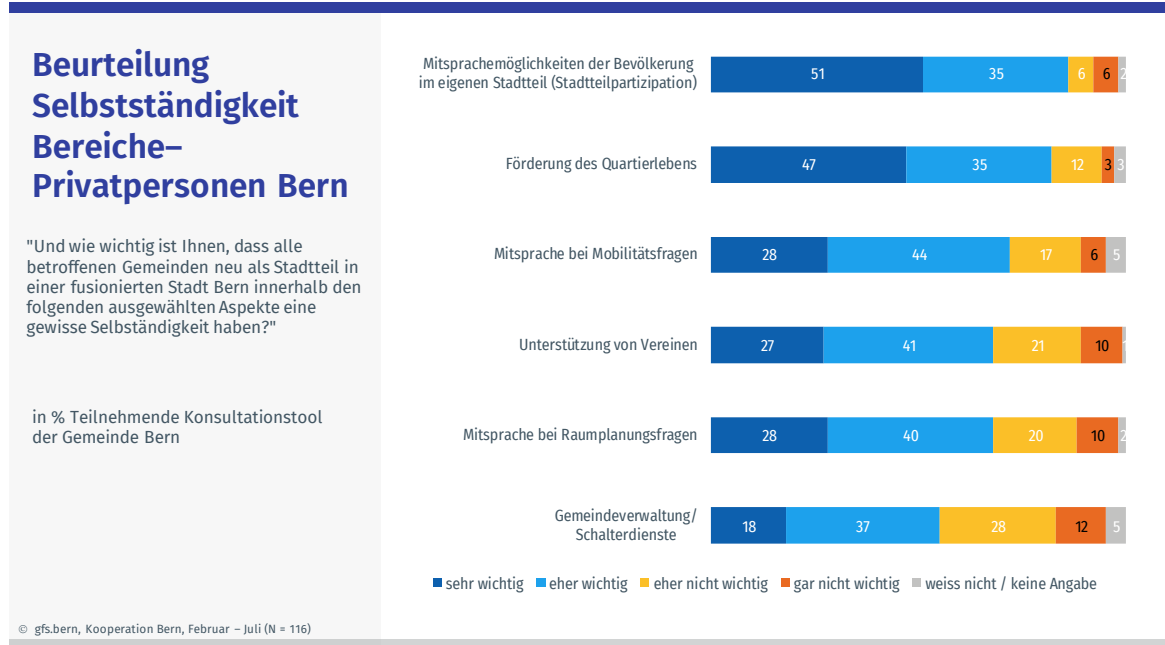


28 Prozent gaben an, dass es ihnen sogar sehr wichtig ist, dass die neuen Stadtteile eine gewisse Selbstständigkeit haben sollen. Ein Viertel der Teilnehmer\*innen gab jedoch an, dass ihnen die Selbstständigkeit der neuen Stadtteile eher nicht wichtig ist und acht Prozent sagen, dass es ist ihnen gar nicht wichtig ist.



Werden die Teilnehmer\*innen der Onlinekonsultation aus Bern nach der Wichtigkeit der Selbständigkeit der neuen Stadtteile in spezifischen Bereichen gefragt, zeigt sich, dass in allen sechs abgefragten Bereichen eine Mehrheit die Selbstständigkeit als zumindest eher wichtig einschätzt:

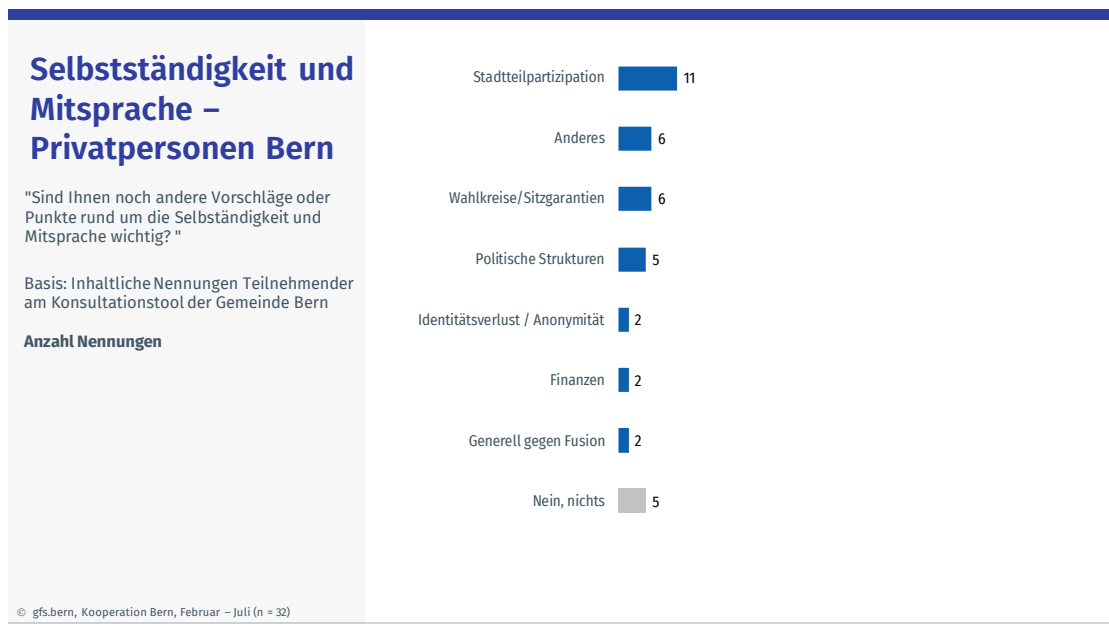
Grafik 19



Am wichtigsten sind den Teilnehmer\*innen die Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung im eigenen Stadtteil (Stadtteilpartizipation). In diesem Bereich bewertet eine Mehrheit die Selbstständigkeit sogar als sehr wichtig. Nur jeweils sechs Prozent geben an, dass ihnen dieser Bereich eher oder gar nicht wichtig ist. Ähnlich sieht es bei der Förderung des Quartierlebens aus. Ebenfalls fast die Hälfte stuft diesen Bereich als sehr wichtig ein und insgesamt über 80 Prozent empfinden die Förderung des Quartierslebens zumindest als eher wichtig. Die Mitsprache bei Mobilitätsfragen, die Unterstützung von Vereinen und die Mitsprache bei Raumplanungsfragen wird von gut zwei Dritteln als wichtig empfunden. Der Bereich Gemeindeverwaltung/Schaltdienste wird mit 18 Prozent von der kleinsten Gruppe als sehr wichtig eingeschätzt. Trotzdem sind es immer noch 55 Prozent, die die Selbstständigkeit der neuen Stadtteile auch in diesem Bereich als mindestens eher wichtig einstufen.

Gefragt nach Vorschlägen oder wichtigen Punkten rund um Selbständigkeit und Mitsprache sind von den Teilnehmer\*innen die politischen Strukturen am häufigsten genannt worden:

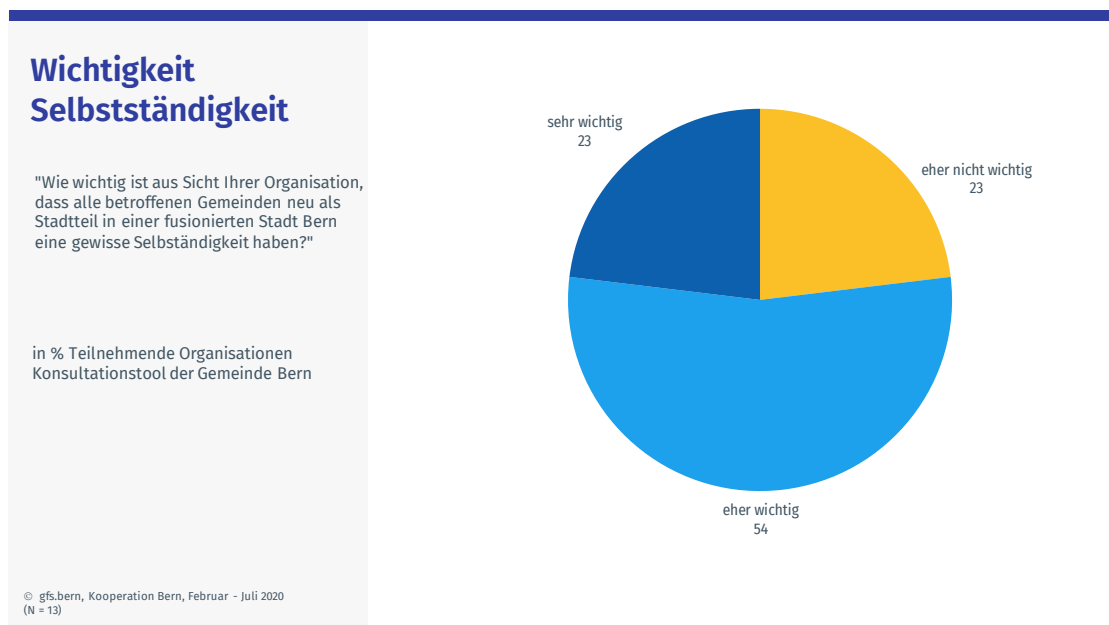
Grafik 20



Dabei wurden Aspekte der Stadtteilpartizipation am häufigsten genannt, gefolgt von den Themen Wahlkreise/Sitzgarantien oder anderen Elementen der politischen Strukturen. Auch genannt wurden die Themen Identitätsverlust/Anonymität und finanzielle Aspekte.

Auch den teilnehmenden Organisationen (um eine statistisch robuste Aussage zu machen, wurden alle Organisationen aus allen betroffenen Gemeinden zusammen ausgewertet) ist eine gewisse Selbstständigkeit der neuen Stadtteile in einer fusionierten Stadt Bern wichtig:

Grafik 21

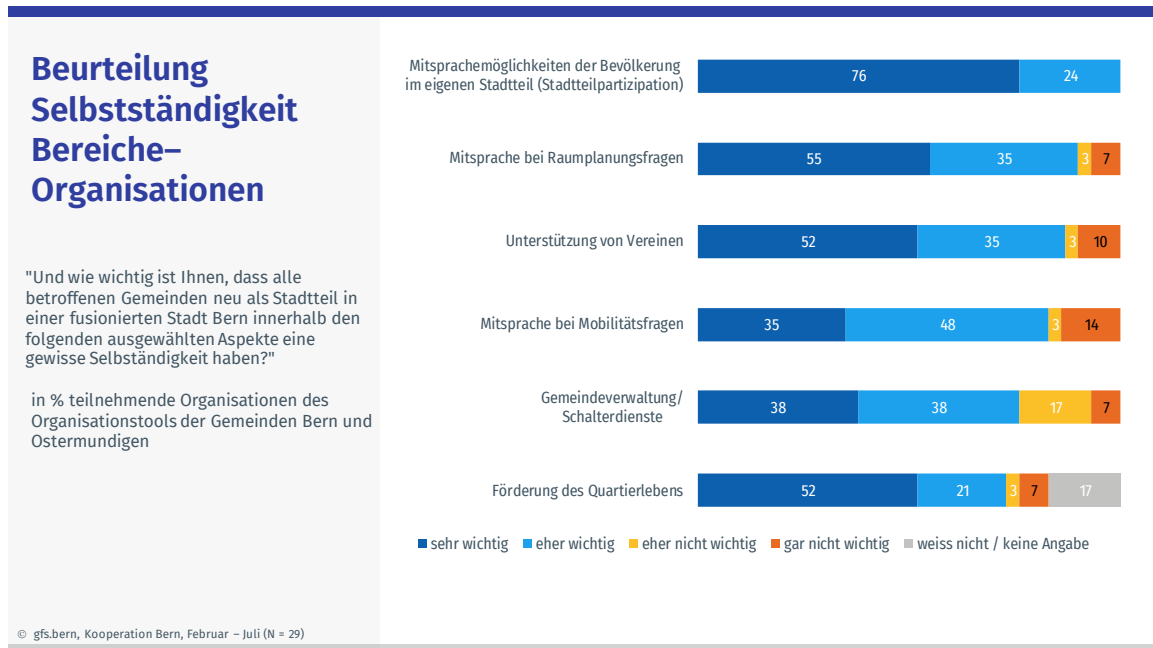


Dabei geben insgesamt 77 Prozent der teilnehmenden Organisationen an, dass ihnen die Selbstständigkeit der neuen Stadtteile wichtig ist, 23 Prozent davon ist diese sogar sehr

wichtig. Die übrigen 23 Prozent geben hingegen an, dass ihnen dies eher nicht wichtig ist. Keine der teilnehmenden Organisationen hat angegeben, dass ihnen eine gewisse Selbstständigkeit gar nicht wichtig sind.

Die zuvor durch die Organisationen angegebene Wichtigkeit der Selbstständigkeit der neuen Stadtteile zeigt sich auch in den verschiedenen Teilbereichen. In allen abgefragten Aspekten wird eine gewisse Selbstständigkeit von mindestens 70 Prozent der teilnehmenden Organisationen als eher oder sehr wichtig beurteilt:

Grafik 22



Die Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung im eigenen Stadtteil wird von allen Organisationen, die an der Onlinekonsultation mitgemacht haben, als wichtig eingestuft. Auch die Mitsprache bei Raumplanungsfragen und die Unterstützung von Vereinen wird von annähernd 90 Prozent der teilnehmenden Organisationen als eher oder sehr wichtig beurteilt. Die Mitsprache bei Mobilitätsfragen wird von 83 Prozent, Selbstständigkeit in der Gemeindeverwaltung/Schalterdienste von 76 Prozent der teilnehmenden Organisationen als zumindest eher wichtig eingestuft. Die Förderung des Quartierlebens wird von den Organisationen als am wenigsten wichtig bewertet, jedoch empfinden auch dieser Bereich 73 Prozent der teilnehmenden Organisationen als sehr oder eher wichtig. Dieser Aspekt war für die Organisationen am schwierigsten zu beurteilen. Insgesamt 17 Prozent haben keine Angabe gemacht.

Bezüglich Vorschlägen und weiteren wichtigen Punkten rund um die Selbstständigkeit und Mitsprache für die neuen Stadtteile ähneln sich die Angaben der Organisationen, die die Onlinebefragung ausgefüllt haben, denjenigen der teilnehmenden Privatpersonen:

Grafik 23

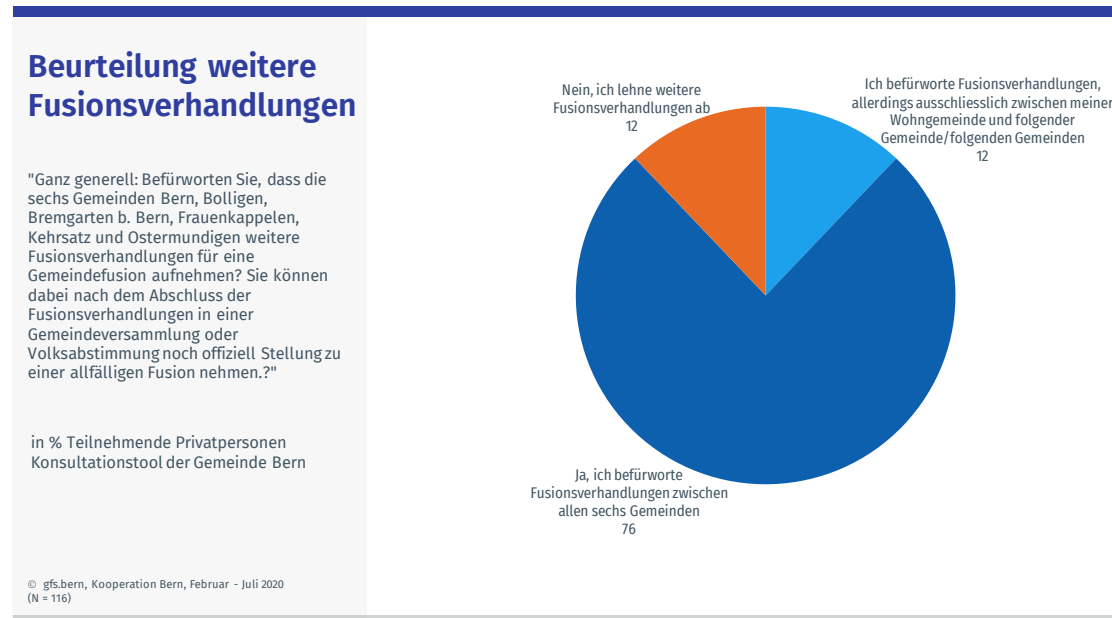


Wie auch von den Privatpersonen wurde unter den teilnehmenden Organisationen die Stadtteilpartizipation am häufigsten genannt, gefolgt von weiteren Aspekten der politischen Strukturen und Finanzen.

## 2.6 Beurteilung weiterer Fusionsverhandlungen

Zum Schluss der Onlinekonsultation wurden die Teilnehmer\*innen nach ihrer Meinung zu weiteren Fusionsverhandlungen befragt. Die Bewohner\*innen der Stadt Bern, die an der Onlinekonsultation teilgenommen haben, sind sich grösstenteils einig, dass die Fusionsverhandlungen weitergeführt werden sollen:

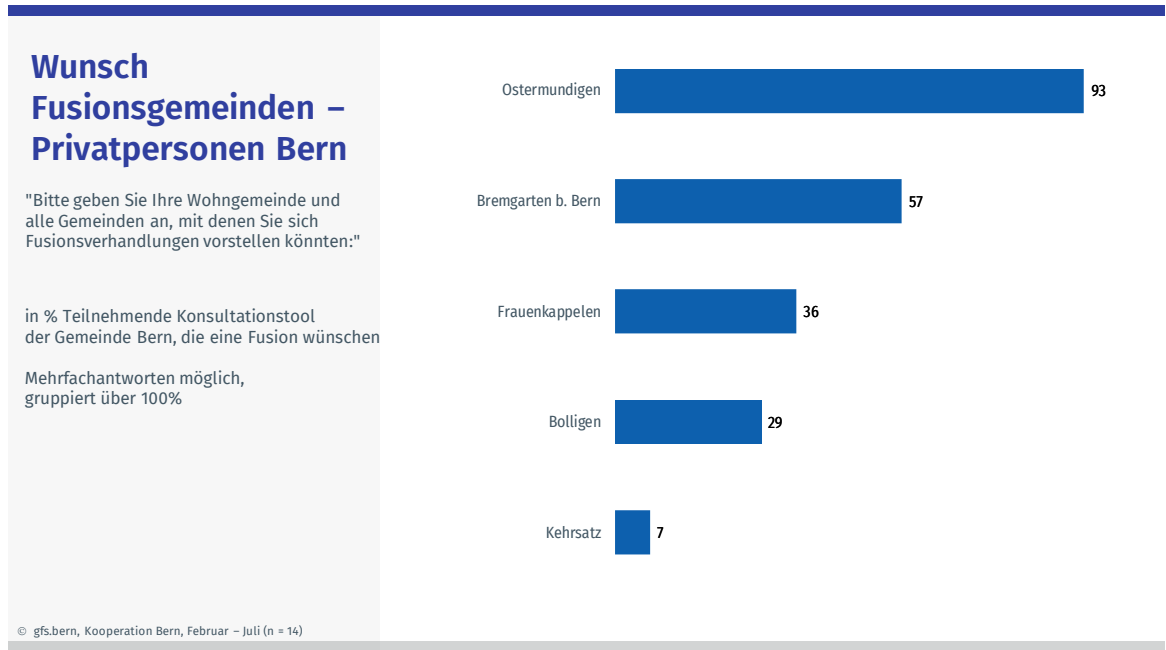
Grafik 24



Dabei befürworten drei Viertel der Befragten weitere Fusionsverhandlungen aller sechs beteiligten Gemeinden. Weitere zwölf Prozent geben an, dass die Fusionsverhandlungen weitergeführt werden sollen, allerdings nicht mit allen sechs bisherigen Gemeinden. Ebenfalls zwölf Prozent der Teilnehmer\*innen aus Bern lehnen weitere Fusionsverhandlungen ab.

Teilnehmer\*innen, die Fusionsverhandlungen mit nicht allen sechs bisherigen Gemeinden befürworten, konnten ihre Wunschgemeinden für eine Fusion mit der Stadt Bern angeben:

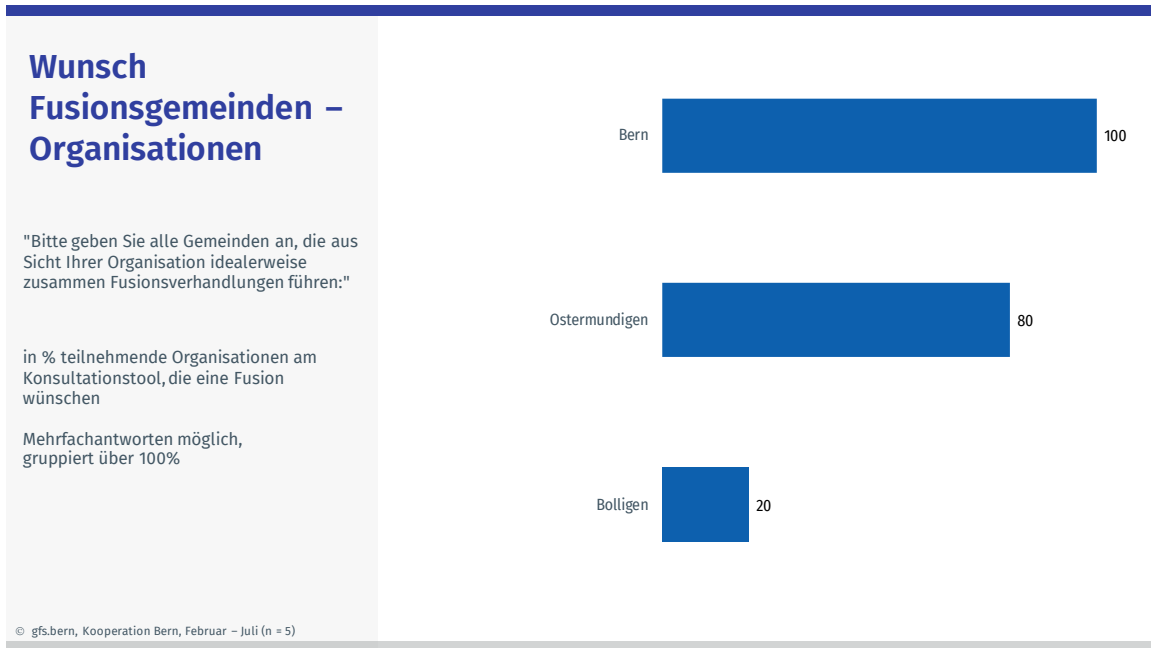
Grafik 25



Eine grosse Mehrheit der Teilnehmer\*innen von 93 Prozent will Ostermundigen weiterhin bei den Fusionsverhandlungen dabei haben. Etwas mehr als die Hälfte würde gerne weiterhin mit Bremgarten b. Bern verhandeln. Noch zirka ein Drittel wünscht sich Fusionsverhandlungen mit Frauenkappelen und Bolligen. Hingegen nur sieben Prozent wollen Kehrsatz weiter am Verhandlungstisch dabei haben.

Unter den teilnehmenden Organisationen sieht das Bild ähnlich aus. Diejenigen, die zwar eine Fusion befürworten, aber nicht alle sechs Gemeinden integrieren wollen, wünschen sich in erster Linie eine Fusion zwischen Bern und Ostermundigen:

Grafik 26

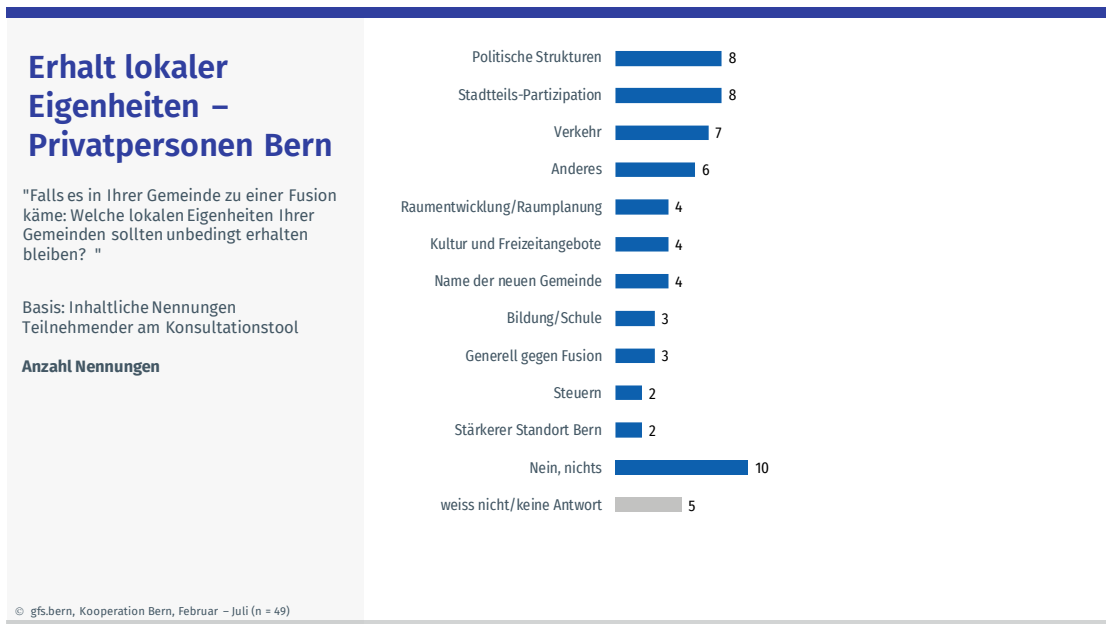


Von den anderen Gemeinden wurde nur Bolligen von 20 Prozent der teilnehmenden Organisationen als weitere Wunschfusionsgemeinde genannt.

## 2.7 Erhalt lokaler Eigenheiten im Falle einer Fusion

Falls es zu einer Fusion kommen sollte wurden von den Teilnehmer\*innen am Häufigsten Aspekte der politischen Strukturen und insbesondere die Stadtteilpartizipation als Eigenheiten, die erhalten bleiben sollen, genannt:

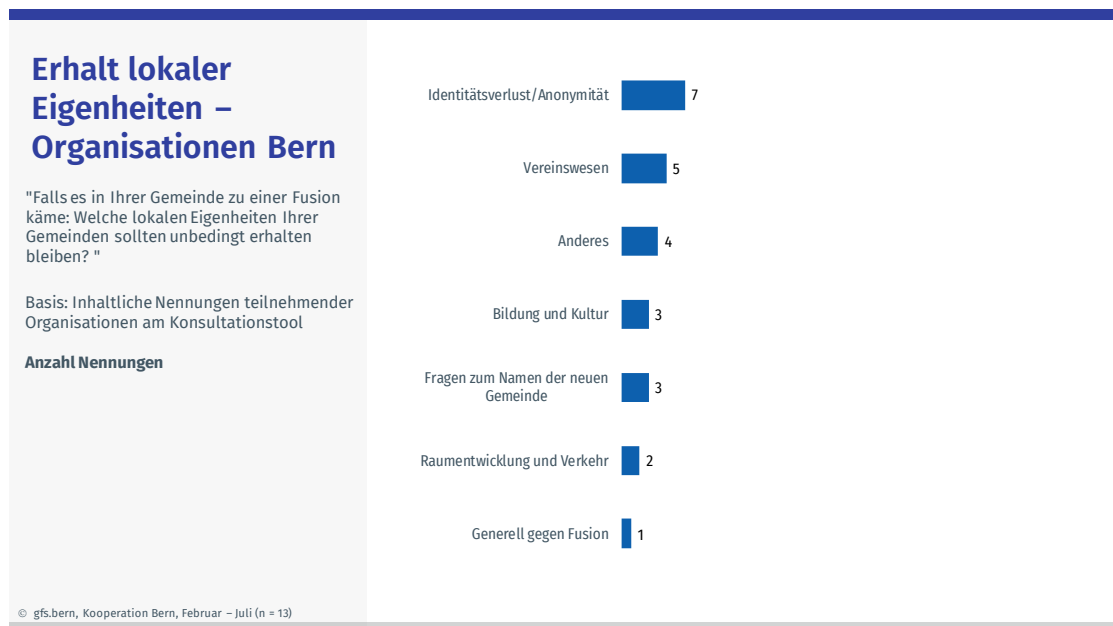
Grafik 27



Ebenfalls oft erwähnt wurden die Themen Raumentwicklung und Verkehr sowie Kultur und Freizeitangebote. Weiter wurden die Themen Bildung/Schule, Steuern und die Stärkung des Standorts Bern genannt.

Von teilnehmenden Organisationen sind die Themen Identitätsverlust/Anonymität und das Vereinswesen am häufigsten als lokale Eigenheiten, die erhalten bleiben sollen, genannt worden:

Grafik 28



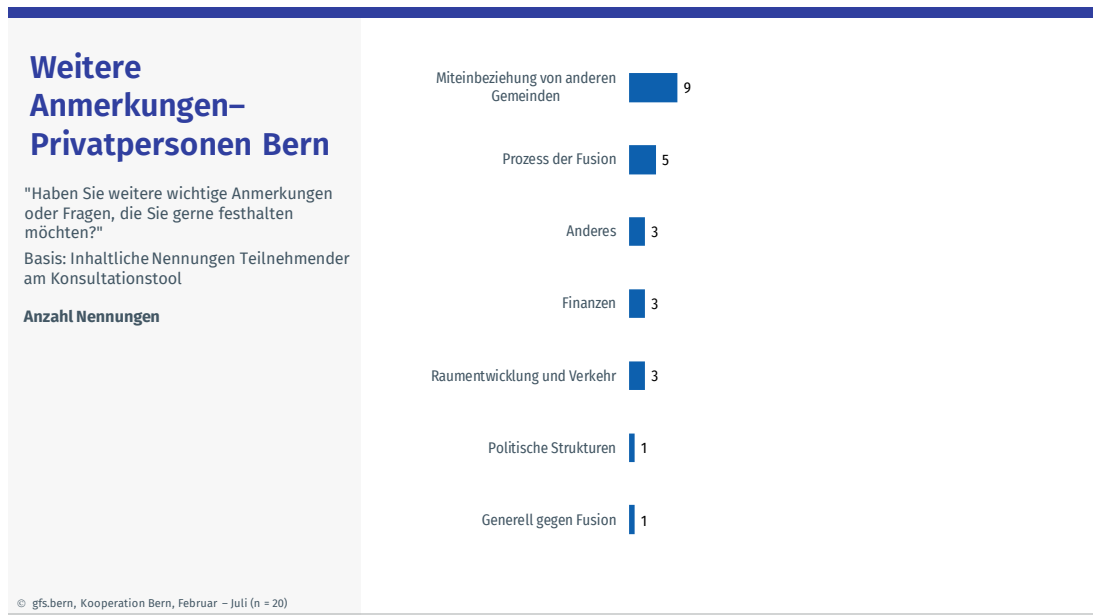
Weitere Aspekte, die erwähnt wurden, sind Bildung und Kultur, Fragen zum Namen der neuen Gemeinde und Raumentwicklung und Verkehr.

## 2.8 Weitere Anmerkungen

Zum Abschluss der Konsultation konnten die Teilnehmer\*innen weitere wichtige Fragen oder Anmerkungen festhalten:



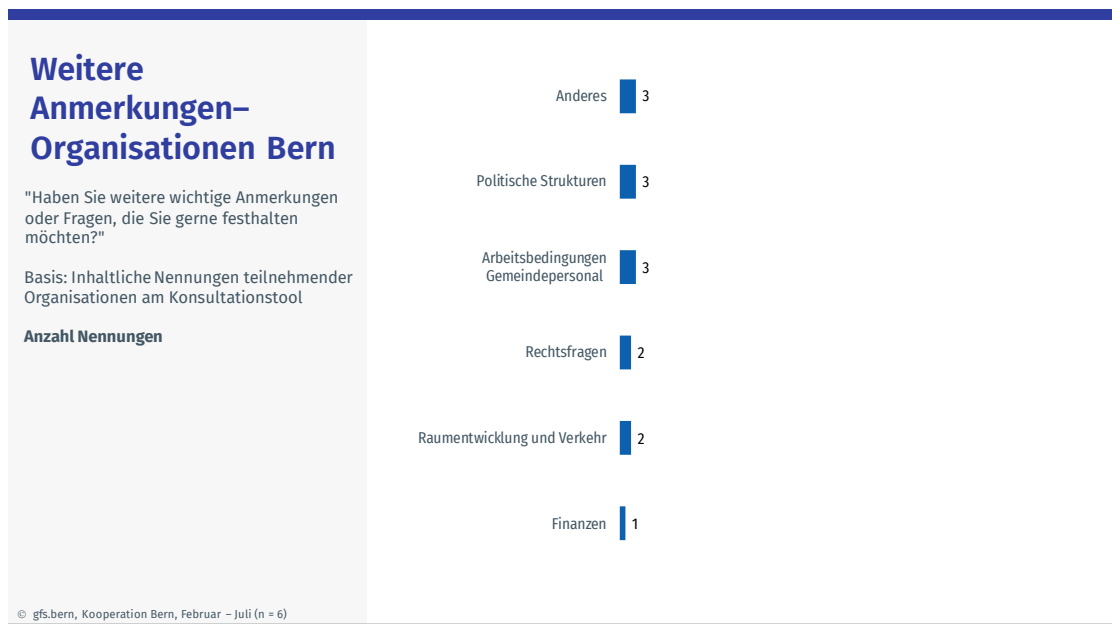
Grafik 29



Die Stadtberner\*innen haben dabei am häufigsten Bemerkungen zu zusätzlichen beziehungsweise anderen Konstellationen von Gemeinden, die in die Fusionsverhandlungen miteinbezogen werden sollen, gemacht. Weitere angesprochene Themen sind der allgemeine Prozess der Fusion(sverhandlung), Finanzen sowie Raumentwicklung und Verkehr.

Unter den teilnehmenden Organisationen wurden politische Strukturen und Arbeitsbedingungen des Gemeindepersonals am häufigsten genannt:

Grafik 30



Weiter wurden Rechtsfragen, das Thema Raumentwicklung und Verkehr sowie finanzielle Aspekte erwähnt.

Es ist festzuhalten, dass aufgrund der sehr geringen Fallzahl, eine Verallgemeinerung der Resultate nicht möglich ist.

## 3 Datenbasis

### 3.1 Befragung und Stichprobe

Tabelle 1: Methodische Details

<b>Auftraggeber</b>	Forschungsgemeinschaft Kooperation Bern
<b>Grundgesamtheit</b>	Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden Bern, Bolligen, Bremgarten b. Bern, Frauenkappelen, Kehrsatz und Ostermündigen
<b>Datenerhebung</b>	Online
<b>Art der Stichprobenziehung</b>	Selbstpartizipatives Verfahren
<b>Befragungszeitraum</b>	Februar bis Juli 2020
<b>Stichprobengrösse</b>	Total Befragte alle Gemeinden N = 573 Bern N = 129, davon 116 Privatpersonen, 13 Organisationen
<b>Stichprobenfehler</b>	±9.1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

©gfs.bern, Kooperation Bern

Bei einer Stichprobe entscheiden zwei Faktoren über die Qualität der später gewonnenen Aussagen massgeblich mit: Auf der einen Seite definiert sich die Datenqualität über die Grösse des **STICHPROBENFEHLERS**. Dieser Index weist die Irrtumswahrscheinlichkeit und Irrtumsgrösse einer getroffenen statistischen Aussage aus. Einerseits setzt man bei der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent; das heisst, man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Andererseits unterliegen statistische Aussagen einem Stichprobenfehler, der von der Grösse der Stichprobe und der Basisverteilung der Variable in der Bevölkerung abhängt, wobei der Fehler kleiner wird, je grösser die Stichprobe ist. Die statistischen Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

<b>Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung</b>		
<b>Stichprobengrösse</b>	<b>Fehlerquote Basisverteilung</b>	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'200	±2.9 Prozentpunkte	±2.3 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'200 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±2.9 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.3 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern, Kooperation Bern

Das andere Element einer qualitativ hochstehenden Analyse ist die Gewährleistung von **REPRÄSENTATIVITÄT**. Repräsentativität bedeutet nichts anderes, als dass jede Person aus der

Grundgesamtheit genau die gleiche Chance haben muss, an der Befragung teilnehmen zu können. Werden bei der Stichprobenziehung systematisch Gruppen ausgeschlossen, ist eine Befragung nicht repräsentativ.

Genau dies ist aufgrund der selbstpartizipativen Stichprobenziehung der Umfrage, das heisst, die Teilnehmer\*innen der Onlinekonsultation haben sich selber dazu entschieden an der Umfrage teilzunehmen, nicht gewährleistet. Eine Interpretation der Ergebnisse für die gesamte Bevölkerung der Gemeinde ist darum nicht möglich.

## 3.2 Datenanalyse

Die neu generierten Daten werden wie folgt analysiert: Zuerst leisten wir die beschreibende Analyse. Dabei wurden vor allem Häufigkeiten in Form von Prozentwerten beschrieben.

Die Erklärung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable leistet die **MULTIVARIATE REGRESSIONSANALYSE**. Diese basiert analog zu Korrelationen auf Koeffizienten, welche die Stärke des Zusammenhangs bestimmen. Der Unterschied zur Korrelationsrechnung besteht allerdings darin, dass die Regressionsanalyse nicht nur eine unabhängige Variable ausmisst, sondern eine beliebige Zahl von Variablen mit einbeziehen kann. Dies kommt komplexen Realitäten deutlich näher. Die Regressionsanalyse bestimmt auf diese Weise, welche unabhängige Variable wie stark auf die abhängige Variable wirkt, wenn man die Effekte der anderen unabhängigen Variablen mitberücksichtigt. Dabei zielt man auf den Beta-Koeffizienten ab. Wie bei der Korrelationsrechnung gibt es Sicherheitsmasse, die angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein in der Stichprobe gefundener Zusammenhang ebenso in der Grundgesamtheit gilt. Konkret handelt es sich um den Signifikanztest, der analog zur obigen Beschreibung funktioniert.

Eingesetzt wird dieses Verfahren vor allem dort, wo es gilt, die Zusammenhänge zwischen der Beurteilung verschiedener Botschaften einerseits und einer Einstellung oder Handlungsbereitschaft andererseits zu bestimmen. Dies kann an sich auch mit der Korrelationsrechnung geleistet werden, doch hat diese Form der Analyse den Nachteil, dass man die gleiche Beziehung mit verschiedenen Argumenten immer wieder nachweist. Dies schliesst die Regressionsrechnung aus, denn sie sagt, welches Argument am besten die untersuchte Einstellung erklärt, welches an zweiter Stelle steht und so weiter.

## 4 Anhang

### 4.1 gfs.bern-Team

---

#### URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent an der Kalaidos Fachhochschule und der ZHAW

✉ [urs.bieri@gfsbern.ch](mailto:urs.bieri@gfsbern.ch)



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

---

#### ALEXANDER FRIND

Projektleiter, Politikwissenschaftler

✉ [alexander.frind@gfsbern.ch](mailto:alexander.frind@gfsbern.ch)



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden

---

#### EDWARD WEBER

Projektleiter, Politikwissenschaftler, Dr. des.

✉ [edward.weber@gfsbern.ch](mailto:edward.weber@gfsbern.ch)



Schwerpunkte:

Politische Einstellungen, Populismus, Abstimmungsforschung, Methoden der empirischen Sozialforschung, Ad hoc-Studien

---



## **MARCO BÜRGI**

Praktikant Projektleitung, Politikwissenschaftler

✉ [marco.buergi@gfsbern.ch](mailto:marco.buergi@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Issue Monitoring, politische Einstellungen

---

gfs.bern ag  
Effingerstrasse 14  
CH – 3011 Bern  
+41 31 311 08 06  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)

